Herr Fischer erklärte, dass die CDU-Fraktion die Problematik des Bahnhofs Menden auch so sieht, wie die antragstellende Fraktion. Er wies u. a. darauf hin, dass die CDU davon ausgeht, dass die DB eine entsprechende Ausarbeitung vorlegt, damit der Autoverkehr auch reduziert werden kann und der Zugverkehr mehr genutzt wird.

Herr Dieckmann unterstützte die Ausführungen von Herrn Fischer und geht davon aus, dass die aktuelle Planung natürlich im Planungs- und Verkehrsausschuss vorgestellt wird. Er machte u. a. deutlich, dass nicht auch zuletzt im Hinblick auf den Weltjugendtag diese Angelegenheit als dringlich behandelt werden muss.

Frau Jung führte für die FDP-Fraktion u. a. aus, dass es realistisch betrachtet relativ unwahrscheinlich ist, dass dieser Antrag so umgesetzt werden kann, zumal die Deutsche Bahn AG der Stadt dies so nicht finanzieren will. Trotzdem könne man diesem Antrag grundsätzlich zustimmen sowie dies in der Vergangenheit auch immer bei anderen Anträgen geschehen ist.

Herr Köhler schlug vor, die in der Vergangenheit gestellten Anträge auch mit einzubeziehen, da dort sicher auch noch Aspekte vorhanden sind, die bisher keine Berücksichtigung gefunden haben.

Herr Gleß wies darauf hin, dass in der letzten Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses Vertreter der Deutschen Bahn AG anwesend waren und ihre Planung für den künftigen Netzbetrieb vorgestellt haben. Weiterhin wurde in dieser Sitzung über die Umgestaltung des Bahnhofs diskutiert. Dabei kam es zu folgendem Ergebnis:

1. Es ist eine Planung vorhanden, obwohl diese bei weitem nicht den planerischen Ansprüchen genügt, wie man es sich für diesen Bereich vorstellen könnte.

2. Es wurde gebeten, die Planung weiter zu entwickeln und Gespräche mit der DB zu führen, weil diese derzeit dabei ist, ihre Pläne zu realisieren. Man könne es sich ganz bestimmt nicht leisten, zwei konkurrierende Planungen aufzustellen, so dass es die Aufgabe sein wird, die derzeit vorhandene Planung zu verifizieren und mit der DB abzusprechen, um ein Gesamtpaket zu schnüren.

Nach einer kurzen Diskussion erklärte der Bürgermeister, dass die Verwaltung u. a. auch die im Antrag geforderten Punkte bereits bearbeitet.

Hiernach bestand Einvernehmen, nicht mehr über den Antrag abzustimmen.